

Schluß der Aussprache über die Ostfragen.

Nach Unterstaatssekretär v. Braun sprach im weiteren Verlauf der Aussprache im Hauptauschuß des Reichstages

Hr. Freiherr v. Rechenberg (Ztr.): Die Grenzen der Ukraine stehen noch nicht fest. Wer jetzt schon sind wir vorgeückt bis in das Gebiet der Donkosaken. Wie weit soll es denn eigentlich gehen? Es müssen doch auch Anweisungen bestehen über den Umfang unseres militärischen Vorgehens. Ich stelle ausdrücklich den Antrag, dem Auschuß diese Anweisungen vorzulegen. Die für den Handelsverkehr mit der Ukraine geschaffenen Körperlichkeiten sind unangemessen zusammengestellt. Entsprechen die von uns gelieferten Waren den angeforderten Getreidemengen? Der Friedensvertrag steht doch gegenseitigen Austausch vor. Die ausgeführten Kohlen kommen als Tauschware nicht in Betracht, denn der Bauer, der Getreide liefern soll, braucht keine Kohlen. Die abgebrochenen Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine müssen wieder in Gang gebracht werden. Mit Weißrußland liegt die Sache ähnlich wie mit der Ukraine. Was geschieht mit den Gefangenen, die in Finnland gemacht sind? Deutschland darf weder offen noch versteckt auf den Balkaninseln festen Fuß fassen. Peinlich empfinde ich den Gedanken, einen deutschen Prinzen zum Monarchen von Finnland zu machen. Warum verbietet man die Reise nach Litauen? Das gleiche gilt für Kurland. Noch heute kennt niemand die künftigen Grenzen von Polen. Worauf wartet man noch?

Hr. Südekum (Soz.) schloß sich dem Wunsche an, von den Instruktionen und den Zielen der Ostpolitik Kenntnis zu erhalten. Die Parteien, die sich auf Grund von Vereinbarungen hinter die Politik der Regierung gestellt haben, müssen Kritik üben. Bei der Besetzung der Verwaltungsstellen im Osten hat man Männer ganz bestimmter Richtung einseitig eingesetzt. Auch nach dem Krieg wird Deutschland einem ungeheuren Druck einer großen Koalition ausgesetzt sein, es sei nur erinnert an das Wort des englischen Staatsmannes bezüglich der Rohstoffe. Dieser Gefahr muß begegnet werden. Die Randvölker des großen russischen Reiches müssen losgelöst und selbständig gemacht werden. Das setzt aber voraus: Umkehr von der bisherigen Methode und Unterstützung der demokratischen Elemente, Gewinnung des Volkvertrauens. Das Vorgehen in Kiew bedeutet aber das Gegenteil. Im Mittelpunkt der ukrainischen Politik muß die Agrarfrage stehen, die derzeitige Lösung ist falsch. Der ukrainische Ministerpräsident war im März zu einem Kompromiß bereit, das bedeutete eine Umwandlung der Regierung. Die deutschen Vertreter haben das versäumt. Jetzt verkört man die wenigen kümmerlichen Verwaltungsorgane, die wirksam mitarbeiten könnten, indem man den abenteuerlichen Hetman unterstützt. Die Zusammenhänge der österreichischen Vertretung mit der austropolnischen Lösung liegen klar zutage, dieser Vertretung und ihren Plänen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein zweiter Verbindungsweg mit der Ukraine durch Rußland ist zu schaffen, unkontrolliert von Oesterreich und Bulgarien.

Hr. Erzberger (Ztr.): Warum muß man sich so oft mit den gleichen Fragen beschäftigen? Weil eben die Regierung keinen festen Plan und kein festes Ziel hat. Sie wechselt anscheinend mit den Erfolgen im Westen ihre Anschauung. Das deutsche Volk aber will Klarheit haben. Die Frage, wie die östliche Lage sich erledigt, ist entscheidend für den Ausgang des Krieges und für die künftige Existenz Deutschlands. Ich werde mit meiner Einschätzung der Ostpolitik ebenso recht behalten wie mit der der U-Boot-Politik. Im Osten liegt viel Südstoff aufgehäuft. Mit Zwang erreicht man nichts, auch kein Getreide. Die Stärkung und Förderung der Nationalitätenpolitik ist das Richtige. Diese Politik begonnen zu haben, ist das ausschließliche Verdienst des Auswärtigen Amtes. Von ihm ist die Bedeutung der Ukraine zuerst erkannt worden. Wir haben ein Hauptinteresse, Großrußland aufzulösen, die russische Regierung kommt uns dabei entgegen, nun darf man das Ziel nicht wieder ändern. Die Zwischenstaaten nach dem Willen ihrer Bevölkerung auszubauen, ist der beste Schutz. Nicht Vergewaltigung, sondern Verständigung, das hat auch der Bizekanzler zugesagt. Es geschieht aber soviel wie nichts, dieses Programm durchzuführen, dagegen von verschiedenen Stellen das Gegenteil davon. Das wirkt kriegsverlängernd. Die Vorgänge in der Ukraine lösen hellen Jubel in Paris und London aus und führen dazu, die Länder im Osten wieder gegen uns zusammenzuschließen. Der Reichstag hat die Gewissenspflicht, dazu ungenutzbar zu bleiben. Der Reichstag hat die Gewissenspflicht, dazu Stellung zu nehmen. Namens seiner politischen Freunde stellte der Redner für die Behandlung der Ostfragen folgende Richtlinien auf:

Entscheidungen in allen die Ostländer betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürfen nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Reichstages getroffen werden.

Die Friedensverträge von Brest-Litowsk sind in vollem Umfange sowohl dem Wortlaut als auch dem Sinne nach aufrecht zu erhalten.

Zur Erreichung einer raschen und genügenden Getreidelieferung sind die in Art. 7 Ziffer 1 des zu Brest-Litowsk mit der Ukraine abgeschlossenen Friedensvertrags vorgesehenen Austauschartikel der Ukraine mit tunlichster Beschleunigung zur Verfügung zu stellen. Die politischen und militärischen deutschen Stellen haben sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu enthalten.

Hr. v. Trampehinski (Pole): Unter den Ukrainern sind 80 v. H. Analphabeten und 99 v. H. Analphabeten in ihrer eigenen Sprache. Einem solchen Volk kann man doch nicht die Selbstverwaltung überlassen. Nur mit den Grundrissen der Ordnung und Freiheit kann man zum Ziel kommen. Das Eigentum muß wieder hergestellt werden. Wie denkt die Regierung über die Rückkehr der aus Litauen verjagten polnischen Großgrundbesitzer?

Hr. v. Graefe (Kons.): Den Wunsch nach größerer Klarheit in der Ostpolitik teilen selbstverständlich meine Freunde, aber ich halte es für unbillig, der Regierung allein die Schuld an den unklarer Verhältnissen zuzuschreiben; vielmehr scheint mir der Reichstag mit seinen Mehrheitsbeschlüssen erheblich mitschuldig zu sein dadurch, daß er der Regierung das Schwergewicht unüberwindlicher Theorien an die Beine gehängt hat, wie das „Selbstbestimmungsrecht für Nationalitäten“, die geographisch gar nicht abgegrenzt sind, den Verständigungsfrieden mit Regierungen, die mehr oder minder gar keine Regierungen sind. Die berühmte Vergiftungsfriedensentscheidung usw. Herr v. Payer, der jetzt berufen ist, die von ihm selbst aufgestellten Theorien zu verwirklichen, erklärt nun selbst, daß sich die Dinge eben im Raume härter lösen, als die leicht beieinander wohnenden Gedanken des politischen Theoretikers. Ganz besonders bedauerlich ist der stete Versuch, einen Gegensatz zwischen Oberster Seeresleitung und Reichsregierung zu betonen, der nicht nur nach dem kompetenten Urteil des Bizekanzlers in keiner Weise besteht, sondern der auch nach den Persönlichkeiten Hindenburg und Ludendorffs auszuscheiden ist. Wenn ihr Urteil auch in politischen Fragen bisweilen entscheidend wirkt, so gewiß nicht, weil sie sich zu politischer Betätigung drängen, sondern weil sie mit ihren überragenden Persönlichkeiten mangels gleichwertiger Staatsmänner ein automatisches Übergewicht besitzen. Der Versuch der Reichstagsmehrheit, diesem Mangel durch parlamentarische Minister aus ihrem Kreise abzuwehren, ist nicht sonderlich

geglückt. Die ganzen Ausführungen des Abg. Erzberger beweisen im übrigen nur, wie chaotisch die Verhältnisse in der Ukraine sind, und wie unvermeidlich es für uns daher ist, die Durchführung des Friedensvertrages selbst in die Hand zu nehmen. Wenn da ein Vorwurf berechtigt erscheint, so doch nur der gegen unsere Friedensunterhändler, die diesen Verhältnissen gegenüber uns nicht im Friedensvertrage selbst die erforderlichen Machtbefugnisse gesichert haben. Ich kann nur wünschen, daß auch die Verhandlungen des Ausschusses mehr von dem Grundtöne geleitet werden, den der Unterstaatssekretär von Braun durchaus zutreffend aufgestellt hat: „Wir haben die Interessen Deutschlands zu vertreten ohne Rücksicht darauf, ob gewisse kommunistische Pläne in der Ukraine dadurch gefördert oder gestört werden.“

Hr. Dr. Stresemann (nlb.): Die ganzen Fragen werden in großer Ausführlichkeit in der Vollversammlung verhandelt werden, daher werde ich mich kurz fassen. Ich verwehre mich gegen eine Diskreditierung der deutschen Regierung, die nur kriegsverlängernd wirken würde. Die Reichsregierung hat bei Ausführung und Durchführung des ukrainischen Friedensvertrages loyal gehandelt. Durch die Vorwürfe gegen die militärischen Stellen werden doch zu gleicher Zeit Vorwürfe auch gegen die Reichsleitung erhoben, die eine unzulässige Einmischung als nicht vorliegend erklärt hat und der man dann keinen Glauben schenkt. Die Aufgabe der Regierung, das preußische Wahlrecht durchzuführen, wird erschwert, wenn der Glaube an ihre Kraft untergraben wird. Das geschieht auch durch die vom Abg. Erzberger aufgestellten Richtlinien, auch darin drückt sich das stärkste Mißtrauen gegen die Regierung aus, und das wird die Lage Deutschlands mit großen Schwierigkeiten belasten.

Hr. Haase (U. Soz.): Notwendig ist, alle gemachten Versprechungen durchzuführen. Wie ist der Vormarsch unserer Truppen in die Krim zu erklären, nachdem die Krim nicht zur Ukraine gehört?

Hierauf wurde die Aussprache geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag vormittag: Umfahrsteuer.